

Antrag Nr. 14-F-33-0016

CDU, SPD

Betreff:

Elektronische Bürgerdienste
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Antragstext:

Im Dezember 2013 hat die Landeshauptstadt Wiesbaden ihr Portal für elektronische Bürgerdienste vorgestellt. Parallel dazu plant die neue Bundesregierung, einen einheitlichen Stammdaten-Account, ein sogenanntes Bürgerkonto einzuführen, um die Kommunikation mit der Verwaltung zusätzlich zu vereinfachen. Zur elektronischen Identifizierung soll der neue elektronische Personalausweis genutzt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, inwieweit das Wiesbadener Portal für elektronische Bürgerdienste mit dem System eines Bürgerkontos kompatibel wäre, sobald die technische Ausgestaltung des Systems auf Bundesebene bekannt ist.

Wiesbaden, 29.01.2014

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Peter Schickel
Fachsprecher für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
(SPD-Fraktion)

Markus Seidel
Fraktionsreferent

Daniela Fuge
Fraktionsasreferentin